Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kiringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung halbjährlich 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nicht anders vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 2.April 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Ein oller Schwede.

Nazischwindel über das Nazi-Paradies.

SPD. Es gibt kein nationalsozialistisches Wahlplakat, keine Naziparole, die nicht irgendeinem politischen Gegner geklaut wäre. Am liebsten werden die Kommunisten von den Nazis geplündert, weil das am leichtesten und mit den geringsten geistigen Anstrengungen verbunden ist und weil vor allem die Moskaparolen der Wesensart der Paroleschuster von rechts am besten entsprechen. Thälmann hat beispielsweise in seinem Musterkoffer den kommunistischen Bürgermeister aus Mörfelden, Hitler reist mit seinem Schweden aus Coburg. Der Nazi-Ober fährt aber auch in eigener Person durch die Lande, um seinen, jeglicher Kontrolle unfähigen Versammlungsbesuchern mit dem Nazi-Paradies Coburg den Mund wässerig zu machen.

In Wahrheit ist es mit Coburg nicht viel anders als mit Mörfelden. "Die vollkommen nationalsozialistisch verwaltete Stadt Deutschlands", eine Beamtenstadt ohne Industrie und mit einer nationalsozialistischen Stadtverordnetenmehrheit, steht unter der Diktatur eines von der bayerischen Regierung eingesetzten Staatskommissars, der den Etat verwaltet und balanciert. Warum? Wörtlich sagen die Nazis in einem ihrer Flugblätter: "Wir standen vor der Frage: Steuer-Erhöhung oder Staatskommissar. Wir entschieden uns für das Letztere!" Die Coburger Nazis haben sich also aus Angst, ihre Wahlversprechungen und Parolen gegenüber den betrogenen Anhängern erfüllen zu müssen, in die Arme der bayerischen Regierung geflüchtet. Das sind die Helden des "Dritten Reiches"!

Im übrigen treibt diese "vollkommen nationalsozialistisch verwaltete Stadt Deutschlands" die schlimmste Parteikorruption. Die Parteibuchbeamten sind Trumpf. Das Glanzstück der Naziverwaltung ist die Kasernierung und damit die brutalste Knechtung der jugendlichen Erwerbslosen. SA-Rüpel spielen dabei die Unteroffiziere und wer sich dieser Behandlung widersetzt oder der Kaserne entflieht, dem wird jede Erwerbslosen- oder Wohlfahrtsunterstützung entzogen. Der kann verhungern!

Was übrig bleibt von den Lügen des Nazireisenden und Bürgermeisters Schwede ist die Behauptung, die Nazimehrheit habe von der einst "marxistisch" verwalteten Stadt vier Millionen Schulden übernommen, was heute die Errichtung eines vollkommenen Naziparadieses für die Bewohner von Coburg verhindere. Dazu ist zu sagen: vier Millionen Schulden sind vier Millionen nach der Inflation gesetzlich vorgeschriebene Aufwertungsschulden, und "marxistisch" war die ehemalige Stadtverwaltung wie folgt: 1919 zogen zum ersten Mal Sozialdemokraten in die Coburger Stadtverordnetenversammlung. 8 SPD-Leute gegen 12 Deutschnationale und Demokraten; 1923: 17 Bürgerliche und 8 SPD! 1924: 8 SPD gegen 17 Bürgerliche und 4 Nazis, die bis 1929 mit den Bürgerlichen durch dick und dünn gingen. Das ist die marxistische Misswirtschaft! Heute rufen diese Bürgerlichen: "Herr errette uns von der Nazimehrheit!", während der Nazischwede selbs angsterfüllt schwitzt: "Ich wollte, es wäre Nacht oder das Dritte Reich käme!"

Mit den Coburgern aber wollen wir hoffen, dass es bald in ihrer Stadt Tag werde!

SPD. Die Lebensmittelunruhen in Moskau und Leningrad haben die deutsche Sowjetpresse in schwere Verlegenheit gesetzt. Die Sowjetregierung gibt ihr nicht das Dementi, das die deutschen Kommunisten so gerne zu agitatorischen Zwecken haben möchten - eben weil die Nachrichten über diese Unruhen richtig sind. Also muss die kommunistische Presse auf eigene Faust zu lügen versuchen. Eben wollte sie den Arbeitern erzählen, wie glänzend es den russischen Arbeitern geht - und nun rebellieren die russischen Arbeiter gegen die Hungerdiktatur. Da bleibt nichts als ein dreister Ableugnungsversuch.

Tatsache ist aber folgendes: seit vier Monaten hat es in Moskau und Leningrad zwar Buttermarken, aber keine Butter gegeben. Vor Ostern wurde der Bevölkerung mitgeteilt, dass der Buttertrust grössere Mengen von Butter abgebe. Der Preis für ein Pfund Butter gegen Marken - also ein verbilligter Preis - hatte vor 4 Monaten 2 Rubel 50 betragen, jetzt sollten die Frauen 7 Rubel bezahlen. Die Folge war, dass die Läden zertrümmert, die Verkäufer verprügelt, und die Butter gratis mitgenommen wurde. Berittene GPU-Truppen trieben die Frauen mit Gewalt auseinander. Stalins Kosaken gegen hungernde Frauen!

Die Preissteigerung durch die Inflation ist hier ganz einwandfrei zu erkennen. Was tut die Sowjetregierung, nachdem sie selbst Preise festgesetzt hat, die die Arbeiterschaft nicht mehr bezahlen kann? Sie lässt angebliche "Spekulanten" verhaften, die die Butter zum Zwecke der Preistreiberei aufgekauft haben sollen. Der Zorn des Volkes soll von der Stalindiktatur abgelenkt werden.

Ebenso miserabel wie die Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Butter ist die Fleischversorgung. Die Fleischkarte ist längst illusorisch geworden, weil kein Fleisch vorhanden ist! Die deutsche kommunistische Presse lügt ihren Lesern etwas vor über die Fleischmengen, die ein Arbeiter in Moskau erhält. Die Mengen stimmen schon - auf dem Papier der Fleischkarte, aber Fleisch gibt es darauf nicht. Darüber herrscht grosse Unzufriedenheit. Nach dem Warnungssignal der letzten Lebensmittelunruhen hat sich die Diktatur entschlossen, etwas zur Besänftigung der Gärung zu tun. Die Sowjetregierung teilt amtlich mit :

"Durch Beschluss der Sowjetregierung und der kommunistischen Parteileitung wurden mehr als 30 Direktoren staatlicher Güter für Viehzucht, Milchwirtschaft, Schweinezucht und Schafzucht wegen Misswirtschaft zu gerichtlicher Verantwortung gezogen. Weitere 100 Direktoren wurden ihrer Aemter enthoben, da im letzten Jahre die Lieferpläne der Viehgüter nur zu 69 Prozent erfüllt wurden, wodurch erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden. Durch Beschluss der Regierung wurde die Reorganisation aller Viehgüter bis August angeordnet."

Es werden wieder Spezialisten geopfert für die Sünden des Regimes! Der Fleischmangel ist eine direkte Folge der Stalinschen Politik. Die Kulakenverfolgung und die Zwangskollektivierung haben zu einer weitgehenden Abschlachtung des Viehstapels geführt. Stalin hat deshalb einen Rückzug angetreten: es wird künftig den zwangskollektivierten Bauern gestattet, eine Kuh, Schweine und Geflügel als Privateigentum zu halten, ohne dass sie deshalb als Kulaken verfolgt werden. Damit nicht die Meinung entsteht: Stalin ist schuld, wie dieser Rückzug beweist, werden 130 Direktoren als Schädlinge abgeschlachtet! Nun weiss die städtische Bevölkerung: Fleisch gibts nicht, obwohl Väterchen Stalin alles so schön vorgesehen hatte, weil zehn Dutzend Direktoren, Speze mit höherem Einkommen, sabotiert haben. Die Frage ist, ob die Bevölkerung es glaubt. Es ist möglich, dass sie es glaubt; denn schlechte Meinungen über Stalin zu haben, ist gefährlich, und an den Direktoren darf man die aufgespeicherte Wut auslassen.

Für deutsche Arbeiter aber, die von einer nicht von der Sowjetdiktatur abhängigen Presse unterrichtet werden, sind die Zusammenhänge klar. Wo bleiben die Lügen der kommunistischen Presse in Deutschland, wenn die Sowjetregierung selbst feststellt, dass erhebliche Schwierigkeiten in der Lebens-

mittelversorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden sind?

Die Lage der russischen Arbeiter unter der Despotie Stalins ist unendlich viel trauriger als die Lage der deutschen Arbeiter. Wer deutschen Arbeitern russische Verhältnisse wünscht, der wünscht ihnen Unglück!

SPD. Stuttgart, 2.April (Eig.Drahtb.)

In Ulm haben zahlreiche SA-Leute an alle Mitglieder der Partei ein Rundschreiben verschickt, in dem Klage darüber geführt wird, dass sich in der eigenen Partei ein schlimmeres "Bonzentum" breit mache, als man es bei anderen bekämpft habe. Wertvolle Kräfte würden infolgedessen abgestossen. Wörtlich heisst es in dem Rundschreiben:

"Gerade Ulm ist für diese die Bewegung zersetzende Entwicklung ein typisches Beispiel! Im "Sturm"-Verlag und auf der Geschäftsstelle treiben sich Leute herum, die, ihrem Verhalten und ihrer Lebensführung nach zu schliessen, nur noch durch den Gehaltsbezug mit der Bewegung verbunden sind. Es muss einmal ganz deutlich ausgesprochen werden, dass bei uns die Auslese nicht nach dem Gesichtspunkt der Befähigung erfolgt, sondern ob man nach oben zu schmeicheln versteht. Nicht die Tüchtigkeit sind bei uns führend, sondern die Streber und Schmeichler. Daraus resultieren auch die fortgesetzten und die Bewegung hemmenden Führerstreitigkeiten."

In dem Rundschreiben werden dann die einzelnen Führerpersönlichkeiten kritisch besprochen: Die NSDAP habe stets behauptet, dass die "Erneuerung Deutschlands" nur durch "sittlich hochstehende und moralisch unantastbare Führer" bewältigt werden könne, aber, so heisst es in dem Rundschreiben weiter: "Wie sieht es da bei uns aus? Unsere Führer, besonders in Ulm, erfüllen diese wichtigste aller Voraussetzungen nur zum kleinsten Teil. Meist sind es üble Gschaftlhuber und Konjunkturpolitiker ohne innere Anteilnahme an der Bewegung. Dreher, zu dem wir einst voller Achtung aufgeblickt haben, hat sich zu einem Bonzen in Reinkultur entwickelt, dessen fortgesetzte üble Weibergeschichten und das Verhalten seiner Familie gegenüber der Bewegung ungeheuer schaden. Ein Glück, dass diese Vorkommnisse von der Systempresse noch nicht ausgeschlachtet worden sind. Ein Ehrenmann "ohne Fehl und Tadel" ist auch Dr.Weiss, worüber die Pg. hinreichend unterrichtet sind. Man komme nicht mit dem faulen Einwand, dass das Privatleben der Führer uns nichts angehe. Auf einen solchen Standpunkt können sich unsere Feinde stellen, nicht aber Nationalsozialisten. Wir und das Volk muss zu unseren Führern aufblicken können. Das ist in weitem Umfange leider nicht der Fall!"

Aber auch die Affaire des Stabschefs Röhm bildet einen wesentlichen Bestandteil des Gesprächsstoffs unter den SA-Leuten. Das ergibt sich aus dem folgenden Passus des Rundschreibens :

"Die substanzierten und durch Briefe belegten Behauptungen der Marxistenpresse über den Stabschef des Führers, Oberstleutnant Röhm, sind zwar als Verleumdungen zurückgewiesen worden, aber wir müssen doch daran erinnern, dass Pg. Jakober (ehemaliger Chauffeur Drehers.D.Ber.) die Pg. Strasser und Dreher vor einiger Zeit nach Trossingen gefahren hat, wobei die absonderliche Neigung Röhms Gegenstand der Unterhaltung der beiden war. Wir sprechen offen aus, dass die Beseitigung Röhms aus Gründen der Sauberkeit längst hätte durchgeführt werden müssen. Aber es wird in München sein wie in Ulm, dass die Führer eben zu viel von einander wissen."

Die Präsidentschaftskandidatur Hitlers wird in dem Rundschreiben als ein "schwerer Fehler" bezeichnet, weil "der Führer damit einer kaum wieder gutzumachenden Niederlage ausgesetzt worden" sei. Wörtlich heisst es dazu:

"Der Wahlausgang war jedem Einsichtigen von vornherein klar. Wenn es wahr ist, was man da und dort hört, dass der Führer zur Kandidatur gedrängt wurde, um ihn zu diskreditieren, wäre es höchste Zeit, einmal gründlich aus-

zumisten und die ehrgeizigen Streber und Intriganten kaltzustellen. Wenn die Unterführer aber ohne Hintergedanken zur Kandidatur Hitlers geraten haben in der Hoffnung auf den Sieg, würde damit ihrer politischen Urteilskraft ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Ohne allen Zweifel steht fest, dass mit der Kandidatur Hitlers der Bewegung ein sehr schlechter Dienst erwiesen worden ist. Den Führer hätte man der sicheren Niederlage unter keinen Umständen aussetzen dürfen. Das Ergebnis der verfehlten Massnahmen wird ein Stimmenrückgang beim zweiten Wahlgang sein. Diesen Triumph für das System hätte man ersparen können."

Das Rundschreiben hat bei den Ulmer Nazis wie eine Bombe eingeschlagen.

SPD. Weimar, 2.April (Eig.Drahtb.)

In einer parteiamtlichen Auslassung fordert der thüringische Landbund, der im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl die Parole für Duesterberg ausgegeben hatte, seine Mitglieder auf, sich gegen die Hitler-Diktatur zu wenden und Hitler nicht zu wählen. Der Beschluss des Reichslandbundes für Hitler wird von dem thüringischen Landbund ausdrücklich bedauert.

SPD. Paris, 2.April (Eig.Drahtb)

Tardieu hat am Sonnabend den deutschen Botschafter, den italienischen Botschafter und den tschechischen Gesandten empfangen. Den Diplomaten setzte der Ministerpräsident auseinander, welche Bewandtnis es mit seinem Besuch in London habe und welche Pläne die französische Regierung auf der Viermächte-Konferenz zu verteidigen beabsichtige.

SPD. Hannover, 2.April (Eig.Drahtb.)

Der Oberpräsident in Hannover teilt mit: "Auf Antrag eines nationalsozialistischen Rechtsanwalts hat am Sonnabend ein hannoversches Gericht durch eine einstweilige Verfügung dem Oberpräsidium der Provinz Hannover untersagt, die nationalsozialistische Tageszeitung bei der Werbung von Abonnenten durch Verteilung von Freiexemplaren ihrer ordentlichen Ausgabe zu behindern. Der Beschluss ist völlig unverständlich, weil der Oberpräsident eine Anordnung nicht erlassen hat, die eine derartige Abonnentenwerbung unterbindet. Gegen den unhaltbaren Beschluss ist Beschwerde eingelegt worden."

\+ + +

Die Anordnung des Oberpräsidenten bezog sich auf die Versuche der Nazis, die Verpflichtung zur Vorlegung von Flugblättern zu umgehen. Diese Anordnung hat ihre Stütze in der Stellungnahme des Reichsinnenministeriums. Diese Anordnung kann im Verwaltungsstreitverfahren angefochten werden, nicht aber bei einem Zivilgericht. Der Richter, der diese einstweilige Verfügung erlassen hat, hat seine Kompetenzen überschritten. Praktisch läuft sein Verhalten auf eine Sabotage der Staatsgewalt hinaus.

SPD. Köln, 2.April (Eig.Drahtb.)

In Köln starb im Alter von 67 Jahren Heinrich Erkes, der sich um die Kölner Arbeiterbewegung, insbesondere aber um die Bildungsarbeit dauernde Verdienste erworben hat.

Aus Kaufmannskreisen stammend, hatte Erkes in den Jahren vor dem Kriege ein grosses Exportkommissionsgeschäft. Schon in jungen Jahren kam er zur So-

zialdemokratie. Er war ein glänzender und packender Redner und hat in zahlreichen Versammlungen für die Sozialdemokratie und Gewerkschaften Pionierarbeit geleistet. Erkes war einer der drei Stadtverordneten, die während des Krieges ins Kölner Rathaus als Vertreter der Sozialdemokratie einzogen. Bis 1924 gehörte er dem Stadtparlament an, von 1925 bis 1928 war er Mitglied des preussischen Landtages.

Erkes war aber nicht nur Kaufmann und Politiker. Er hat sich als Islandforscher und Islandreisender, der von seinen sechs ausgedehnten Reisen in die nordische Welt wertvolles Material mitbrachte, in der wissenschaftlichen Welt einen bedeutenden Namen gemacht. Er besass die grösste Island-Bibliothek mit mehreren 1000 Bänden, die in Europa vorhanden ist. Die Bibliothek ist heute zum grössten Teil im Besitz der Kölner Universitäts- und Stadtbibliothek. 1920 wurde Erkes aufgrund seiner wissenschaftlichen Verdienste und seiner bibliophilen Kenntnisse zum Bibliothekar der Universitäts- und Stadtbibliothek in Köln gewählt.

SPD. Die Gauleitung Westfalen der NSDAP hat ihren Ortsgruppen folgendes "streng vertrauliche" Rundschreiben übermittelt, das wir als Illustration zu den ewigen Legalitätsbeteuerungen der Nazis wiedergeben:

"Sämtliche Ortsgruppen werden gebeten, einen geeigneten Pg. ausfindig zu machen, der dem Gau fortlaufend nach folgenden Gesichtswinkeln im Verein mit der Ortsgruppenleitung Meldung einreicht:

1. Persönlichkeiten in der Verwaltung, Justitz, Schulwesen und Polizei, die sich uns gegenüber bislang ablehnend, verfolgend und besonders gehässig erwiesen haben.

2. Persönlichkeiten in Verwaltung, Justiz, Schulwesen und Polizei im dortigen Bereich, die in dem betr. Gebiete bewandert sind und von uns im Sinne der NSDAP einmal angesetzt werden können.-Ich mache darauf aufmerksam, dass für den zweiten Teil nur Leute infrage kommen, die 1. fachlich einwandfrei geeignet sind, 2. charakterlich anständige Menschen, 3. möglichst nationalsozialistisch eingestellt oder gar organisiert, 4. bestimmt gute Deutsche sind und 5. zuverlässige Charaktere sind.

Diese vorbezeichnete Aufgabe verlangt ausserordentlich gewissenhaftes Arbeiten und Prüfen an Ort und Stelle, damit der Gau späterhin nicht durch falsche Meldungen mit einzelnen Personen in unangenehme Situationen geraten kann. Schärfste Personenprüfung ist hier am Platze.

Die zu meldenden Persönlichkeiten nach beiden Gesichtswinkeln sind möglichst mit vollen Personalien, Alter, Stand und Wohnort auf einem ganz gesonderten Personalbogen nach hier einzureichen. Sämtliche Ortsgruppenführer sind gehalten, dem Gau umgehend die am Ort und in der Umgebung bekannten örtlichen Führer der marxistischen Parteien unter genauer Angabe der Personalien und des Wohnorts anzugeben. Es ist eine individuelle unmerkliche Kontrolle dieser Leute insofern einzuleiten, als stets festgestellt werden muss, wo sie sich zeitweilig aufhalten. Bezirks- und Ortsgruppenführer werden gehalten, von jeder Veranstaltung die seitens der Marxisten in Form von öffentlichen Aufmärschen und dergl. stattfinden, frühzeitig dem Gau Mitteilung zu machen, unter moglichst genauer Bekanntgabe der vorgesehenen Tagung."

SPD. Paris, 2.April (Eig.Drahtb.)

Die am Sonnabend veröffentlichte Statistik über die Arbeitslosigkeit in Frankreich nach dem Stande vom 26.März verzeichnet zum ersten Male seit einem Jahre eine leichte Abnahme der Zahl der Arbeitslosen. Während am 19.März 305.496 Personen die offizielle Arbeitslosenunterstützung bezogen, belief

sich die Zahl der Unterstützungsempfänger am 26.März auf 303 218 (243 087 Männer und 60 131 Frauen). Davon entfallen auf Paris und die Vororte 158 653 Arbeitslose, d.h. 648 weniger als in der Vorwoche. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit verteilt sich nicht gleichmässig auf Frankreich. Ausser im Seine-Departement (Paris und Vororte) ist die Zahl der Arbeitslosen nur in 28 Departements geringer geworden, während sie in 15 anderen Departements zugenommen hat.

SPD. In der Nazipresse wird Hitler seit Tagen als Spartaner angepriesen. Was davon zu halten ist, zeigt eine Original-Rechnung des Luxushotels Kaiserhof für Hitler, die von der "Welt am Montag" wiedergegeben wird.

Die Rechnung lautet für 10 Tage über die Kleinigkeit von 4 048 Mark, ein Betrag, für den ein Arbeiter oder Angestellter bei den heutigen Löhnen und Gehältern mindestens 2 Jahre arbeiten muss. Der Betrag setzt sich zusammen aus 2830 Mark für 12 Zimmer, 600 Mark für 120 Mittagessen à 5 Mark, 276 Mark für die täglichen Frühstücke à 2,30 Mark und 298 Mark für Getränke. Jedes der 12 von Hitler gemieteten Einzelzimmer kostete täglich 24 Mark. Das ist wesentlich mehr als heute einem Erwerbslosen mit mehreren Kindern in der ganzen Woche zur Verfügung stehen.

Der Schwindel von Hitler als Spartaner ist durch die Original-Rechnung gründlich entlarvt. Das gleiche gilt von dem "Arbeiterführer" Hitler. .

SPD. Prag, 2.April (Eig.Drahtb.)

Im Brüxer Kohlenrevier streikten auch am Sonnabend alle Belegschaften. Eine Deputation der Streikenden protestierte bei den Bezirksbehörden in Brüx gegen die Auflösung des kommunistischen Zentralen Streikausschusses und drohte mit der Einstellung der Sicherheitsarbeiten in den Gruben. In Kladno hat sich die Lage weiter verschärft. Es sind dort bereits 40 % der Belegschaften im Ausstand.

In Nordböhmen überfielen und misshandelten Hakenkreuzler und Kommunisten gemeinsam sozialdemokratische Arbeiter.

SPD. Köln, 2.April (Eig.Drahtb.)

Die sozialdemokratische "Rheinische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Sonnabend-Ausgabe den Brief eines Nationalsozialisten an die zuständige Parteileitung, in dem dieser um Enthebung von seinem Amt als Stadtverordneter ersucht. Der Brief enthält folgende bemerkenswerte Stelle:

Ich werde unter keinen Umständen in meinem neu zu ergreifenden Beruf, ganz gleich, was es auch sein mag, mich nochmals so in den Dienst einer Sache einspannen, wie ich es gemacht habe. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass es mir recht übel wird, wenn ich an alle die Lumpen und Betrüger denke, welche in der Partei Aufnahme gefunden haben. Es wird nicht lange dauern und 90 % der Mitglieder und Anhänger wird aus Bonzen bestehen. Letztere werden sich mit unglaublicher Schnelligkeit einfinden und breitmachen. Und dafür tätig zu sein ist mir nicht möglich. Ich habe dieses ja bereits im Juli gesagt und wiederhole es Ihnen gelegentlich dieses hier nochmals.

Der Briefschreiber ist der Gastwirt Mainz, dem im Westdeutschen Beobachter am 1.April zum 50.Geburtstag gratuliert wurde.

SPD. Braunschweig, 2.April (Eig.Dr.)

Am Sonnabend fand hier eine interfraktionelle Besprechung der Regierungsparteien statt, an der die Minister Küchenthal und Klagges teilnahmen. Küchenthal erstattete Bericht über seine Unterredung mit dem Reichsinnenminister Groener. Er versicherte, dass diese Unterredung hauptsächlich den Punkten gegolten habe, die von der Linkspresse hinsichtlich Braunschweig immer wieder in den Vordergrund gestellt werden. So der Behauptung, dass die braunschweigische Bevölkerung unter dem Terror von SA-Gruppen litte, ferner der Frage des Polizeibeamtenverbandes. Er, Küchenthal, habe Groener über die Unwahrhaftigkeit dieser Darstellungen in der Linkspresse aufgeklärt. In diesem Punkte sei vollkommene Uebereinstimmung zwischen ihm und dem Reichsinnenminister erzielt worden.

SPD. Vor einigen Tagen ging durch die Hugenberg-Presse die Skandalmeldung nach der ein 26 Jahre alter Nationalsozialist, der Kunstgewerbler Erich Renders, in der Nacht zum 23.März auf der Potsdamer Brücke in Berlin von Kommunisten überfallen und nach einem heftigen Handgemenge von seinen Gegnern in den Landwehrkanal geworfen sei. Jetzt klärt sich der Fall echt hitlerisch auf.

Schupobeamte hörten plötzlich vom Wasser her Hilferufe und als sie hinzueilten, sahen sie Renders, der vergeblich versuchte, die Böschung zu erklimmen. Mit dem Rettungskahn wurde R. dann an Land geholt und ins Krankenhaus gebracht. Bei seiner Vernehmung tischte R. den Beamten der Politischen Polizei das Märchen auf, die Kommunisten seien über ihn hergefallen, und obgleich er sich verzweifelt wehrte und sich am Brückengeländer festzuklammern versuchte, hätten ihn die Kommunisten schliesslich überwältigt und ins Wasser geworfen.

Die Beamten mussten zunächst den Erzählungen des Hakenkreuzlers Glauben schenken. Im Laufe der sehr eingehend geführten Untersuchung stellte sich aber immer mehr und mehr heraus, dass sich der Ueberfall in der geschilderten Weise niemals zugetragen haben konnte. Auf die Vorhaltungen der Beamten gab Renders schliesslich zu, den ganzen Ueberfall erdichtet zu haben. In seinem Geständnis erklärte er, dass er stark angetrunken gewesen und plötzlich auf den Gedanken gekommen sei, ins Wasser zu springen. Nach seiner Rettung habe er sich dann das Märchen von dem kommunistischen Ueberfall zurechtgelegt.

So sehen die Ueberfälle auf Hakenkreuzler aus, die dann in den Mordgeschichten im Lande vorgetragen werden!

SPD. In Berlin wurden am Sonnabend mittag an der Ecke Friedrichstrasse und Belle-Alliance-Platz zwei Reichsbannerkameraden, die dort Zeitungen der Eisernen Front verkauften, von 10 Nationalsozialisten überfallen. Als die Polizei einschritt, rissen die Banditen aus und flüchteten in das Nazihaus in der Hedemannstrasse, wo bald darauf von der Polizei nach den Tätern gefahndet wurde. Die Ermittlungen der Polizei blieben jedoch erfolglos. In Anbetracht des Vorfalls erwägt der Berliner Polizeipräsident die Schliessung der braunen Verbrecherzentrale in der Hedemannstrasse.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Der beleidigte Schah

Persien - wie es wirklich ist.

SPD. Am 4. April kommt vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte ein Prozess "wegen Beleidigung des Schahs von Persien" zum Austrag. Der persische Student Alawi hat in der in Berlin erscheinenden persischen Zeitschrift "Peygar" einen Artikel veröffentlicht, in dem dem Schah von Persien nachgesagt wird, dass er aus kleinen Verhältnissen stamme; ausserdem wurden verschiedene persische Einrichtungen kritisiert. Der Schah von Persien erblickte in den Behauptungen Alawis eine Beleidigung. Ausserdem will er diejenigen deutschen Schriftsteller belangen, die sich die Meinung Alawis zu eigen machten. Im übrigen lenkt der Prozess, über dessen Ausgang wir berichten werden, das Interesse von neuem auf die viel diskutierten persischen Zustände. Aus diesem Grunde dürfte auch der nachstehende Bericht eines persischen Mitarbeiters aufmerksame Leser finden.

+

Persien ist infolge der erbitterten Machtkämpfe, die Jahrzehnte lang zwischen dem zaristischen Russland und dem britischen Imperialismus ausgefochten wurden, in seiner Entwicklung stark gehemmt worden, sodass das Land heute am europäischen Masstab gemessen reichlich rückständig erscheint. Das wichtigste Problem ist zweifellos die Bauernfrage.

Unter einer Bevölkerung von schätzungsweise 11 bis 12 Millionen sind allein rund 8 Millionen Bauern, mithin also vier Fünftel der Gesamtbevölkerung. Diese Bauernmassen leben und arbeiten in strengster Abhängigkeit vom Grossgrundbesitz, denn mehr als 80 Prozent des kulturfähigen Bodens in Persien befindet sich in den Händen von wenigen Tausend Latifundienbesitzern. Wohl in keinem anderen Lande der Welt ist der Grossgrundbesitz so vorherrschend wie in Persien. Der kleine Bauer ist politisch und wirtschaftlich fast rechtlos dem Regiment der Grundbesitzer ausgeliefert. Der hohe Pachtzins, den der Bauer in Form von Bodenertrag, also als Naturalzins, an den Grundbesitzer abliefern muss, hat zur Folge, dass die Bauernmassen nicht einmal das nackte Leben zu fristen vermögen. Die Höhe der Ablieferungsquote beläuft sich in Persien je nach dem geltenden Gewohnheitsrecht auf 50 bis 60 Prozent des Bodenertrages. In die völlige Abhängigkeit zum Grossgrundbesitz geraten aber die bäuerlichen Elemente Persiens erstens durch die von ihnen für Darlehen jeder Art geforderten Wucherzinsen und zweitens durch den Vorverkauf der Ernte, das sogenannte "grüne Geschäft". Auch die Steuern werden vom Grossgrundbesitz restlos auf die Bauernschaft abgewälzt. Eine notwendige Folge dieser Abhängigkeit ist die tatsächliche Hörigkeit, das an-die-Scholle-Gebundensein des Bauern, genau wie während des mittelalterlichen Feudalismus in Europa. Unter diesem jeder modernen Bodenbewirtschaftung Hohn sprechenden Zustand, unter dem die Landbevölkerung den grössten Teil ihrer Arbeitsmühe an den Grossgrundbesitz abtreten und noch dazu ein Sklavendasein führen muss, ist es soweit gekommen, dass fruchtbare Ländereien brachliegen, weil die verhungernden und entrechteten Bauern scharenweise als Bettler in die Städte ziehen.

Dieser wirtschaftliche Zustand findet seinen politischen Ausdruck darin, dass sich im persischen Parlament (Medjlis) unter 136 Abgeordneten allein 120 Grossgrundbesitzer befinden, während die Bauernschaft, also die überwiegende Mehrheit des Volkes, überhaupt nicht vertreten ist. Nach dem Gesagten dürfte es klar sein, dass das Kernproblem Persiens die Bauernbefreiung ist, ohne die

es keinen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt gibt: ein Weg, den alle fortgeschrittenen Länder im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung beschritten haben und beschreiten mussten.

Niemals in der neueren Geschichte Persiens hat es eine derart wohlausgerüstete bewaffnete Macht gegeben wie gerade jetzt unter dem Szepter des Schahs Resa Khan, und trotzdem vergeht nicht ein Jahr ohne Bauernaufstände. Es sind spontane Erhebungen der verhungernden und ausgeplünderten Bauernmassen gegen die Grundbesitzer und gegen die Willkürherrschaft der Provinzgouverneure. Diese Aufstände werden mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln unterdrückt. Die gegenwärtige Herrschaft ist einfach nicht gewillt, die Bauernbefreiung, die im Grunde den Schlüssel zur wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung Persiens bildet, ins Werk zu setzen, weil diese Herrschaft selber am Bestand des Feudalismus interessiert ist. Charakteristisch für diesen Zustand dürfte sein, dass Resa Schah persönlich, einst nichts anderes als ein einfacher Offizier, heute Grundbesitzer allergrössten Stils geworden ist.

Nicht besser ist die Lage der Arbeiterschaft. Die Teppichindustrie beschäftigte einst einige Hunderttausend Frauen, Kinder und Arbeiter, bei einem Lohn von 60 Pfennig am Tag, bei einer zehnstündigen Arbeitszeit; heute aber, wo auch Persien unter der Erschütterung der Weltkrise leidet, ist der Absatz ungeheuer zurückgegangen, sodass der grösste Teil dieser Hunderttausende sich selbst und der Bettelei überlassen bleibt.

Neben der Manufaktur von Teppichen ist Petroleum das wichtigste Produkt Persiens. Die Ausbeutung der erdölreichen südpersischen Gebiete liegt in der Hand einer englischen Gesellschaft, der Anglo Persian Oil Company ("APOC"), die auf Grund einer Konzession aus dem Jahre 1890 das ausschliessliche Recht auf Petroleumschürfung besitzt. Im Petroleumgebiet am Persischen Golf, um die Städte Mohammerah und Abadan, arbeiten annähernd 40 000 persische Arbeiter. Die Arbeitszeit beträgt in glühendem Sonnenbrand 11 bis 13 Stunden am Tag. Die allerprimitivsten Rechte der Arbeiterschaft anderer Länder sind hier völlig unbekannt. Lohnverträge, Koalitionsrecht, Gewerkschaften kennt man kaum den Namen nach. In den Städten Mohammerah, Abadan und Ahwas bildet die englische Gesellschaft einen Machtfaktor, der nahezu den gesamten behördlichen Apparat beherrscht.

Im Jahre 1929 versuchten einige Arbeiterführer eine Gewerkschaft und einen Arbeiterklub zu gründen. Sogleich wurde mit Verboten vorgegangen. Zum erstenmal in der Geschichte Persiens griffen die Arbeiter nun zur Waffe des Streiks. Die Regierung mobilisierte innerhalb weniger Stunden die zur Verfügung stehenden Transportmittel und überführte ihre Truppen in das Streikgebiet. Der Aufstand wurde mit Hilfe der in Basrah stationierten britischen Kriegsschiffe unterdrückt; die Arbeiterführer wurden zur Zwangsarbeit nach nordpersischen Provinzen verschickt. Die englische Petroleumgesellschaft aber errichtete in den Städten Mohammerah und Ahwas für den gegenwärtigen Herrscher kostspielige Denkmäler...

W.

\+ + +

"Gotteslästerung". Das Reichsgericht hat die von dem früheren Redakteur des "Sächsischen Volksblatts" in Zwickau, Walter Victor, eingelegte Revision gegen das von der Grossen Strafkammer Zwickau über ihn verhängte Gefängnisurteil von 14 Tagen verworfen. Die Verurteilung Victors war "wegen Gotteslästerung" erfolgt, weil er im "Sächsischen Volksblatt" eine nicht von ihm verfasste Anekdote veröffentlicht hatte, in der ein sterbender Zuchthäusler seinen Anstaltsgeistlichen und Gefängnisdirektor rechts und links von sich Platz nehmen lässt und dann zu ihnen sagt: "Unser Jesus starb ja auch zwischen zwei Halunken." In der Berufungsinstanz hatte Universitätsprofessor August Messer-Giessen als Sachverständiger zum Ausdruck gebracht, dass in der Anekdote weder eine Gotteslästerung noch eine Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen zu erblicken sei. Die Anekdote selbst war übrigens von mehreren Blättern, u.a. auch in Berlin,

zum Abdruck gebracht worden, ohne dass gegen ihren Verfasser oder gegen die betreffenden Blätter gerichtlich vorgegangen worden wäre.

✦ ✦ ✦

Grauenhafte Bluttat. In Wassel (Land) bei Hannover wurde die Frau eines Landwirtes ermordet. Die Schwester der Ermordeten entdeckte den Leichnam in der Futterkammer des Mordhauses: sie sah, dass aus dem Waschkessel eine Hand herausragte.... In Höhe der Kinnlade war der Kopf mit einem Beil vom Rumpfe getrennt. Es besteht der Verdacht, dass ein auf dem Anwesen der Getöteten beschäftigter Geisteskranker die Tat begangen hat.

✦ ✦ ✦

Dresdner Sklarekiade. Vom Schöffengericht Dresden wurde nach viertägiger Verhandlung der Pelzwarenfabrikant Fritz Richter wegen zahlreicher Lieferungsbetrügereien gegenüber der Polizeiverwaltung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Zwei Mitangeklagte, mittlere Beamte, wurden freigesprochen - einer von ihnen wegen Mangels an Beweisen.

✦ ✦ ✦

Ewald Genzmer ✦. In Radebeul bei Dresden verstarb im Alter von 75 Jahren der bekannte Städtebauer Geheimrat Ewald Genzmer. Genzmer war früher in den Stadtverwaltungen von Köln und Halle als Stadtbaurat tätig, später hatte er eine Professur an der Danziger und Dresdner Technischen Hochschule inne. Der Verstorbene, der auch eine umfassende schriftstellerische Tätigkeit entfaltete, hatte in Dresden ein Städtebauseminar gegründet- Für über 70 deutsche und ausländische Städte hat er Bebauungs-und Entwässerungspläne entworfen.

✦ ✦ ✦

"Streit". In Düsseldorf drang ein 68 jähriger Arbeiter in die Wohnung eines Egepaares Saas, mit dem er in Streit lebte, ein und brachte der Frau und hierauf ihrem Ehemanne mit einem Hammer schwere Wunden bei. Dann ergriff der Täter die Flucht und liess sich vom D-Zug Köln-Berlin überfahren.

✦ ✦ ✦

Ein fideles Gefängnis. Als in der polnischen Stadt Sawierce dieser Tage das Gefängnis revidiert wurde, stellte sich heraus, dass von 100 Sträflingen nur 45 in der Anstalt waren. Bei den anderen Verurteilten hatte der Direktor die Gefängnisstrafe in Geldstrafe umgewandelt. Dieser humanen Praxis soll er sich schon seit Jahren befleissigt haben.

✦ ✦ ✦

"Schöne" Erbschaft. Die seit langer Zeit gesuchten Erben der 320-fachen Millionäre Brüder Schöne, die aus Deutschland nach Australien ausgewandert waren und in Goldminen ihr Glück gemacht hatten, sind gefunden worden. Die 320 Millionen, die fast restlos in festen Werten angelegt sind, fallen insgesamt 30 Personen zu, unter ihnen einem Musiker in Rehfeld (Kreis Torgau) und seiner in Eilenburg als Hausangestellten beschäftigten Tochter.

✦ ✦ ✦

Der goldene Lippenstift. Die amerikanische Regierung beschloss eine zehnprozentige Steuer auf alle Schönheitsmittel. Man erwartet davon eine Einnahme von 100 Millionen Mark pro Jahr. Diese Summe dürfte eher zu niedrig als zu hoch gegriffen sein. Erst vor einiger Zeit wurde auf einem Kongress der amerikanischen Schönheitsspezialisten innNew York mitgeteilt, dass jede Amerikanerin im Durchschnitt jährlich 600 Mark für ihr Gesicht anlegt. Ferner wurde bei einem "Kosmetischen Kongress" in Chikago erklärt, dass die amerikanischen Frauen innerhalb eines Jahres allein 2 375 Tonnen Rouge verschmiert haben.

✦ ✦ ✦

Schlechtes Spielgeschäft. Die Leiter der französischen Spielbanken an der Riviera teilen mit, dass sie in den vergangenen Osterfeiertagen etwa 20 Millionen Francs weniger einnahmen, als zu Ostern 1931.....

Wirtschaft Technik Handel

Was wird in England?

Von unserem englischen Mitarbeiter.

SPD. London, Anfang April 1932 (Fig.Ber.).

Um den englischen Kredit und sein sichtbarstes Symbol, das Pfund Sterlung, zu verteidigen, ist im letzten Herbst die Nationalregierung ins Leben gerufen worden. Aber ihre Hauptaufgabe, die "Rettung des Pfundes", ist ihr nicht gelungen; und das Paradoxe an der heutigen Lage ist, dass gerade das Misslingen dieses Hauptziels die relative Besserung der Lage Englands - relativ im Verhältnis zur Verschlechterung in der Welt - mit sich gebracht hat, die heute als der Erfolg der Nationalregierung verbucht wird.

Die Aufgabe der Goldwährung machte den Schicksalsschritt von 1925, die zu hohe Stabilisierung des Pfundes, so weit das noch möglich war, wieder gut; wenigstens einen Moment lang schnellte die Deflationsschraube zurück; kampflos erhielt die englische Industrie einen "Zollschutz" und eine "Exportprämie", nachdem sie seit 1925 unter der nach seiner Kriegsentwertung zu hohen Stabilisierung des Pfundes gelitten hatte, die als "Importprämie" und "Ausfuhrzoll" gewirkt hatte. (Die vorangegangene zu hohe Stabilisierung macht den grundlegenden Unterschied gegenüber Deutschland aus, wo die Aufgabe der Goldwährungs-Parität eine völlig andere Bedeutung hätte). Es blieb nur der Bank von England übrig, dafür zu sorgen, dass die neugewonnene Freiheit nicht in den Abgrund einer Inflation führe, was sie auch mit grosser Strenge und Vorsichtigkeit tat. Das Parlament dagegen, das seit den Oktoberwahlen zu einer eindeutig konservativen Basis für die Nationalregierung geworden war, brauchte man kaum zu beschäftigen, da die Pfundentwertung die gordischen Knoten, den die Labourregierung nicht zu entwirren vermochte, durchschnitten hatte. Freilich wollte das Parlament von sich aus Beschäftigung haben; nach den Oktoberwahlen überstrahlte der gewonnene Krieg der Konservativen zu deutlich die siegreiche Schlacht der Nationalregierung, als dass dies an dem Wunsche der Sieger hätte vorbeigehen können. Zwar hatte die Pfundentwertung das Hauptargument für den Zollschutz, nämlich den Ausgleich zwischen Englands an das Ausland zu leistenden Zahlungen und den Einnahmen, die es selbst aus dem Ausland erhält, völlig hinfällig gemacht, da dieser Ausgleich nun automatisch durch den Grad der Pfundentwertung erfolgt. Aber schon die Tatsache, dass alle Welt wusste, dass die Konservativen auf ihrem Pfunde Fleisch bestehen würden, brachte das Zollsystem fast von selbst zum Entstehen: die in Erwartung der Zölle forcierte Einfuhr liess gewisse Importe derartig anschwellen, dass die Gesetze zur "Verhinderung abnormaler Einfuhr", von denen sich eines an das andere anschloss, schliesslich zu einer echten Notwendigkeit wurden. Der Bann des Freihandels, unter dem England ein halbes Jahrhundert lang geblüht hatte, war so schon gebrochen, als das Zollgesetz mit einem die gesamte Einfuhr erfassenden zehnprozentigen Wertzoll den Grundstein legte für den offiziellen und säkularen Uebergang zum Zollsystem. Die Regierung hat also die Ware geliefert, die die Konservativen bestellt hatten; nicht ganz, wie die Bestellungen lauteten. Sie hat den Teil des "Schutzes der heimischen Industrie", dessen Unpopularität sie fürchtete, aus dem Zollsystem ausgesondert und dem Konsumenten die Unterstützung des heimischen Weizenbaus statt in der Form des Einfuhrzolles in der einer "Quote" aufgeladen,

die,wie sie wahrscheinlich nicht mir Unrecht annimmt, dem Konsumenten schmac-hafter vorkommt.

Konservativer Druck erzwang diese Massnahmen. Gross ist ihre Bedeutung auf lange Sicht deshalb,weil keiner weiss,was sich aus diesen Massnahmen noch entwickeln kann. Aber für den Augenblick wird das Zollsystem als Faktor im englischen Wirtschaftsleben noch weit überschattet vom Pfundkurs. Ja,das Zoll=system, soweit es überhaupt wirksam ist,trägt dazu bei,den Pfundkurs erneut in den Vordergrund zu rücken. Hat doch selbst ein Konservativer vor kurzem im Unterhaus zugeben müssen,dass die Wertsteigerung des Pfundes die Wirkung des - mit vieler Mühe nicht durchs Parlament,aber durch die Regierung - ge=brachten zehnprozentigen Zolles völlig zunichte mache! Indem der Zoll die Einfuhr drosselt, den englischen Devisenbedarf also einschränkt,erhöht er den Wert des Pfundes,wodurch wiederum der Schutz verschwindet. Man wird sich in England also darüber klar werden müssen,welchen Wert das Pfund haben soll,ehe man die Zollpolitik ausbaut. Man könnte sich denken,dass der Währungsschutz für die englische Industrie allmählich durch einen Zollschutz ersetzt,das Pfund also aufgewertet werden sollte; dass aber diese Absicht nicht besteht,kann man aus verschiedenen Ausführungen des englischen Schatzkanzlers erfahren. Kann man Einfuhr zwar durch Zölle schützen,so kann man doch nicht die Ausfuhrprämien der Pfundentwertung in bar bezahlen, und die Proteste der Ausfuhrindustrien gegen die plötzliche Pfundsteigerung der letzten Wochen wurde durch die Re=gierungserklärung beantwortet,dass man nicht beabsichtige,das Pfund von der Spekulation in die Höhe treiben zu lassen. Auch die frühere Mitteilung,dass die Kursverluste auf die Kredite zur Währungsstützung kompensiert würden durch die Wertsteigerung des Goldes der Bank von England,weist darauf hin,dass die Stabilisierung zu keinem höheren Kurs erfolgen solle als dem,der beim Kauf der Devisen zur Abdeckung der Kredite (ca. RM 14,50) bestand.

Schliesslich ist dieKurssteigerung des Pfundes unerwünscht auch wegen des falschen Eindrucks,den sie über die englische Wirtschaftslage im Ausland,be=sonders beim Kriegsschuldengläubiger Amerika hervorruft. Sie ist in der Tat kein Masstab für die Erholung des englischen Wirtschaftslebens,die im Gegen=teil,wie eingangs gesagt, allein der Pfundentwertung zuzuschreiben ist.Der Hauptfaktor der Pfundhausse war die Spekulation,die erwartete,dass England zur früheren Goldparität zurückkehren werde. Diese brachte einen Teil der im letzten Sommer in Form von Gold geflohenen fremden Kapitals nach London zurück; soweit über auf einen Kursgewinn spekulierende Pfundkäufe hinaus Pfundkäufe an der Hausse mitwirkten,handelte es sich um repatriiertes (zurückkehrendes)eng=lisches Kapital,das sich infolge der Verschlechterung der Weltlage anderswo nicht mehr sicher fühlte oder den Buchgewinn bei der Umwandlung in Pfunde er=zielen wollte. In einem Falle wurde die Pfunderholung also aus fremden,in an=deren aus eigenem Kapital finanziert, in keinem aber entstand sie auf laufen=dem Konto; die Besserung der Zahlungsbilanz erfolgte auf Kapitalkonto. Sie ist aber,dieses Positive lässt sich doch sagen,ein Anzeichen für die Rückkehr des Vertrauens zu England, das zu den wenigen Ländern gehört,die ein ausgeglich=nes Staatsbudget haben,während in Frankreich und Amerika,deren Misstrauen das englische Pfund zu Fall gebracht hat,die Defizite des Staatshaushaltes ins riesenhafte wachsen.Diese Wiederkehr des Vertrauens macht das Verhältnis des Pfundes,dessen Absturz in den Abgrund der Inflation jetzt niemand mehr be=fürchtet,zu den Goldwährungen noch entschiedener zum wichtigsten Machtmittel in der Hand der englischen Regierung. Und um es voll ausspielen zu können,hü=tet sie sich, der Welt ihre endgültigen Stabilisierungsabsichten zu verraten - was umso leichter ist, als noch keine definitiven Pläne vorhanden sind.

SPD. Am Sonnabend ist in Berlin in den Hallen am Kaiserdamm die Reichsgastwirtsmesse eröffnet worden. Es handelt sich um eine Fachmesse, die im Laufe von zehn Jahren Fuss gefasst hat und die stark auf praktische Wirkung, auf den Verkauf an Gastwirt und Schaupublikum, abgestellt ist. Die Reichsgastwirtsmesse in Berlin hat in den letzten Jahren dem Geschäft immer starke Anregungen gegeben und es ist nur zu wünschen, dass auch dieses Mal die Verkaufsergebnisse annähernd den Erwartungen der Aussteller entsprechen.

Die Krise hat natürlich auch hier grosse Lücken gerissen. In der grossen Halle am Kaiserdamm mussten dieses Mal viele Kojen ausstaffiert und gewissermassen überbrückt werden, wo noch im vorigen Jahr Aussteller ihre Ware anboten. Immerhin ist eine Fläche von über 16 500 Quadratmetern belegt. Die Zahl der Aussteller wird mit 350 angegeben. Neben den Grossfirmen, den Riesen der Elektrotechnik, sind vor allem Mittel- und Kleinbetriebe zur Stelle. Sie geben ein Bild davon, wie sehr das Gastwirtsgewerbe mit unserem Wirtschaftsleben verknüpft ist und unsere Wirtschaft beeinflusst. Tausend Fäden laufen vom Gast, der im Restaurant sein Glas Bier trinkt oder sein Würstchen verzehrt, zu Zehntausenden und hunderttausenden von Arbeitern, die im Betrieb oder im Kontor für das gastronomische Gewerbe schaffen. Landwirtschaft und Winzer, die für Küche und Keller sorgen, die grossen Genossenschaften zeigen, wie man an der Vervollkommnung von Milch, Butter, Käse, vor allem an der Standardisierung des Eies und des Obstes und seiner Verwertung tätig ist. Dazu kommt die Alkoholverarbeitung in ihren verschiedensten Zweigen, weiter der Handel, vor allem der Weinhandel. Dann aber auch die Technik, die vor allem die Verarbeitung der Produkte ausbaut und verfeinert. Viele Neuerungen bringt die Metallwaren- und Maschinenindustrie an Apparaten und technischen Einrichtungen. Ziel ist hier, eine Verbilligung in der Wirtschaftsführung zu erreichen. Feuerung und die Art der Speisenzubereitung ist heute ein Ding für sich und Gegenstand moderner technischer Forschung. Man sieht neue Brat-, Back- und Schmorvorrichtungen, sinnreiche, zum Teil motorbetriebene Geräte und Maschinen zum Reinigen der Messer, Gläser, Flaschen und Teller. Zu erwähnen ist vor allem die moderne Küchentechnik. Hier drängen sich Kühlvorrichtungen, Eisschränke, Ventilationsvorrichtungen, Apparate zur Pflege des Biers usw. Viel Wert hat man auf die Musik im Restaurant gelegt. Der gefürchtete Konzertkasten von anno dazumal ist glücklicherweise verschwunden. Man will der Musik auch in der Gastwirtschaft gewissermassen Ton und Seele geben und ist diesem Ziel durch Mittel der verschiedenen Uebertragung und des Antriebes näher gekommen.

In einer besonderen Halle stehen hunderte von Gasherden. Von einer grossen Tribünenanlage aus hat man einen guten Ausblick auf die ganze Veranstaltung. Jeden Tag zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags hat das Publikum Gelegenheit, Wettkämpfen um die Siegespalme der Kochkunst beizuwohnen.

Der Reichsausschuss für Fischpropaganda ist auch dieses Mal zur Stelle und leistet mit seinem bekannten Wahlspruch "Gesund und frisch durch Fisch" Aufklärungsarbeit.

In seiner Eröffnungsrede am Sonnabend erinnerte der Vizepräsident des Deutschen Gastwirtsverbandes Paul Litfin die Regierung daran, dass die versprochene Senkung des Spritpreises noch nicht eingetreten sei.

SPD. Der Kredit der Reichsbank brauchte zur Ueberwindung der Ultimowoche, Woche zum 31. März, nur um 253,3 Millionen Mark in Anspruch genommen zu werden. Der Satz liegt äusserst tief und charakterisiert die zunehmende Schrumpfungstendenz. Beispielsweise erhöhte sich der Kredit in der Ultimowoche des Monats Februar 1932 um 357,2 Millionen Mark. Die gesamte Kapitalanlage stellt sich jedoch für Ende März (Quartalultimo) auf 3 969,5 Millionen Mark gegenüber 3 832,3 Millionen Mark Ende Februar. Der erhöhte Stand geht nicht auf Anforderungen der Wirtschaft zurück, sondern ergibt sich wohl in der Hauptsache

durch die Buchung des 200 Millionenkredits an die Golddiskontbank zum Zwecke der Bankensanierung. Im einzelnen haben sich die Bestände an Handelswechseln und Schecks nur um 59,9 Millionen Mark (Ende Februar = 179,6 Millionen Mark) auf 3 258,5 Millionen Mark gesteigert (Ende Februar = 3 323,7 Millionen Mark) Die Reichsschatzwechsel vermehrten sich um 38,6 Millionen Mark auf 59,4 Millionen Mark. Stark angewachsen sind die Lombardbestände. Sie zeigen eine Erhöhung um 155 Millionen Mark (Ende Februar = 144,4 Millionen Mark) auf 289,9 Millionen Mark (Ende Februar = 303 Millionen Mark).

Die Währungsreserve hat sich weiter geringfügig erhöht. Der Zuwachs wird mit 1,2 Millionen Mark auf 1 020,5 Millionen Mark angegeben. Im einzelnen haben die Goldbestände um 1,6 Millionen Mark auf 878,7 Millionen Mark zugenommen und die Bestände an Deckungsdevisen um 0,4 Millionen Mark auf 141,8 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen beträgt 24,1 Prozent gegen 25,4 Prozent in der Vorwoche.

Kleine Umsätze.

(Berliner Getreidebörse vom 2. April.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse war am Sonnabend nur schwach besetzt. Grössere Unternehmungslust zeigte sich nicht. Die Umsätze hielten sich in engen Grenzen. Am Promptmarkt war Brotgetreide beider Sorten nicht stark angeboten, reichte aber für die geringe Nachfrage aus. Die Notierungen lauteten beim Roggen unverändert, während der Weizenkurs sich um 1 Mark befestigen konnte. Auch am Markte der Zeitgeschäfte kamen wenig Umsätze zustande. Die Notierungen wiesen gegenüber dem Vortage nur geringfügige Abweichungen auf. Mehl hatte in beiden Sorten sehr kleines Geschäft, obwohl sich die Mühlen bei ihren Forderungen eher etwas nachgiebiger zeigten. Der Hafermarkt lag still. Die Preise waren leicht abgeschwächt.

	1. April	2. April
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	254 - 256	255 - 257
Roggen	199 - 201	199 - 201
Braugerste	183 - 190	183 - 190
Futter- und Industriegerste	170 - 179	170 - 179
Hafer	158 - 164	157 - 163
Weizenmehl	31,25 - 34,75	31,25 - 34,75
Roggenmehl	26,50 - 27,90	26,50 - 27,90
Weizenkleie	11,00 - 11,20	11,00 - 11,20
Roggenkleie	10,40 - 10,70	10,10 - 10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Roggen Mai 199 (199), Juli - (200½), September 188¾ (188½), Hafer Mai 172½ (172½), Juli 176½ (175½). Weizen Mai 267½ (267½), Juli 273½ (273), September 228½ (229).

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat aufgrund des Paragraphen 88 des Versicherungsgesetzes den Antrag auf Eröffnung des Konkurses für die Bausparkasse Westmark Aktiengesellschaft in Köln, die Bausparergilde, Bausparkasse G.m.b.H. in Essen den Deutschen Sparerbund für Eigenheime e.G.m.b.H. in Düsseldorf, die Bausparkasse Roland Aktiengesellschaft in Köln und die Zenith Bauspargesellschaft m.b.H. in Nürnberg gestellt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeit ohne Recht.

SPD. Das Unternehmertum will vom Tarifvertrag los. Jedenfalls will es ihn so stark auflockern, dass von einem wirklichen Schutz der Arbeitskraft keine Rede mehr sein kann. Der stärkste Bundesgenosse der Unternehmer ist dabei die Arbeitslosigkeit. Nicht nur im Druck der Erwerbslosigkeit überhaupt, sondern auch in den - grundsätzlich natürlich zu bejahenden - Versuchen, den Arbeitslosen durch Beschaffung sogenannter zusätzlicher Arbeiten wieder Beschäftigung zu geben, liegen Gefahren für die Rechtslage der Arbeit. Sie drohen neuerdings vor allem von Seiten des Freiwilligen Arbeitsdienstes, dessen Erweiterung im Arbeitsbeschaffungsentwurf des Reichsarbeitsministeriums in Aussicht genommen worden ist. Die Begeisterung der Rechtskreise für den Freiwilligen Arbeitsdienst hat ja nicht nur sozial-ethische und sozial-pädagogische Gründe. Auf diese Bedrohung des Rechtes der Arbeit macht im neuen Heft der "Arbeit", der wissenschaftlichen Zeitschrift des ADGB, Dr. Bruno Brocker in einem lehrreichen Aufsatz aufmerksam.

Insgesamt beziffert sich die Zahl der unter Zuhilfenahme von Unterstützungsmitteln Beschäftigten, also die Zahl der Notstandsarbeiter, Fürsorgearbeiter, Pflichtarbeiter und Arbeitsdienstfreiwilligen auf über 160 000. Davon steht etwa nur die Hälfte in einem Arbeitsverhältnis. Bei den Notstandsarbeiten bestand bereits das Recht des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes, eine obere Grenze für die Entlohnung der Notstandsarbeiter festzulegen, bezw. zu bestimmen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Notstandsarbeiter Anwendung finden soll. Nun ist neuerdings an die Stelle des Verwaltungsausschusses der Präsident des Landesarbeitsamtes getreten. Somit ist die Regelung der Arbeitslöhne der Notstandsarbeiter in die Hand eines einzelnen Beamten gegeben worden. Aehnlich wie bei den Notstandsarbeiten istfür die von den Gemeinden unabhängig von der Reichsanstalt im Rahmen der Arbeitsfürsorge durchgeführten Arbeiten die Geltung der Tarifvertragsordnung abdingbar. Der Träger der öffentlichen Arbeitsfürsorge, praktisch also die Gemeinde, ist nach dem Gesetz berechtigt, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll. Auf zwei wichtigen Gebieten besteht also die Möglichkeit eines Einbruchs in die tariflichen Löhne.

Bedenklicher noch liegen die Dinge bei den Bestrebungen, unter Ausschaltung jeder Lohnzahlung die Unterstützungsempfänger unmittelbar zu Arbeiten heranzuziehen, für die als einzige Gegenleistung die auch sonst zu zahlende Unterstützung geboten wird. Diese Möglichkeit gibt zunächst die sogenannte Pflichtarbeit. Bei ihr handelt es sich um eine Arbeitsleistung, die all den Bindungen völlig entzogen ist, denen das moderne Arbeitsrecht das Arbeitsverhältnis der Arbeitnehmer unterstellt hat. Weder der Staat noch die Gewerkschaften reichen mit ihren Schutzmassnahmen in diese Beschäftigung hinein, abgesehen von den grundsätzlichen Voraussetzungen wie Gemeinnützigkeit und Zusätzlichkeit. Dabei besteht zweifellos in der neueren Gesetzgebung die Tendenz, die Pflichtarbeit nicht mehr auf dem engen Rahmen zusätzlicher und gemeinnütziger Hilfeleistungen zu beschränken. All die schwerwiegenden Bedenken, die gegen die Ausdehnung der Pflichtarbeit sprechen, sind auch gegen die Einrichtung des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu erheben. Er steht der Pflichtarbeit insofern völlig gleich,

als auch er die Tätigkeit des Arbeitnehmers ausserhalb der allgemein gültigen, das Arbeitsverhältnis regelnden, gesetzlichen und tariflichen Normen stellt. Die auf Freiwilligkeit beruhende Arbeitsleistung setzt keinen Arbeitsvertrag voraus und begründet kein Beschäftigungsverhältnis.

Die Befürworter des Freiwilligen Arbeitsdienstes sagen, das alles ändere nichts daran, dass die Arbeitslosen selbst in diese neuen Beschäftigungsformen hineindrängen und zwar mit der Bereitschaft, auf viele Garantien der Gesetzgebung und der kollektiven Vereinbarung zu verzichten. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bisher noch keinen neuen Arbeitsplatz geschaffen hat. Wohl aber muss die Durchführung grosser wirtschaftlicher Projekte mit minder oder nicht entlohnten Arbeitskräften dazu führen, dieser Produktionsweise einen natürlichen Vorsprung vor der auf dem normalen Arbeitsverhältnis aufgebauten Unternehmungen zu verschaffen. Die Frage, ob man 300 000 Arbeitslosen anstelle ihrer Unterstützung eine Arbeit unter annormalen Bedingungen zumuten oder zubilligen kann und soll, ist weniger entscheidend als die, ob das Beispiel dieser 300 000 nicht für 3 Millionen andere in ähnlichen Tätigkeiten und Unternehmungen Beschäftigte zum Mas ihrer Arbeitsbedingungen genommen werden wird.

Dr. Broecker kommt zu dem Schluss, dass man der Durchführung öffentlicher Arbeiten unter Zuhilfenahme ersparter Unterstützungen und anderer Förderung aus öffentlichen Mitteln in dem Ausnahmezustand der gegenwärtigen Krise selbst unter Zurückstellung von an sich wichtigen Rechtsgrundsätzen zustimmen könne, soweit mindestens echte Arbeitsverhältnisse hergestellt würden. Die Durchführung von Notstandsarbeiten und Fürsorgearbeiten (nicht Pflichtarbeiten) müsse trotz der für die Beschäftigten nicht günstigen Rechtslage grundsätzlich sogar vorwärtsgetrieben werden. Die Durchführung von Pflichtarbeit dagegen sei, soweit sie über engste gemeinnützige Zwecke und allenfalls über die Prüfung des Arbeitswillens im Einzelfall hinausgehe, als eine Gefahr für den Arbeitsmarkt und die Arbeitsbedingungen abzulehnen. Beim "Freiwilligen Arbeitsdienst entstehe das Problem, seine wirtschaftlichen, psychologischen, pädagogischen und politischen Vorzüge in Beschäftigungen zu entwickeln, die keine Gefahr für den Arbeitsmarkt und für die Arbeitsbedingungen bieten. Diese Gewähr sei am ehesten gegeben, wenn der Nutzeffekt der Arbeit in keiner Weise mit den Nutzeffekten, die bei normaler Arbeit erzielt werden, in Konkurrenz treten könne. Dies geschehe z.B. dann nicht, wenn der Arbeitslosen für den Arbeitslosen tätig werde. Die in einigen Städten, z.B. in Frankfurt und München, im Rahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes durchgeführte Hilfsaktion von Arbeitslosen für Arbeitslose beispielsweise zur Verbesserung von Nahrung und Kleidung, könnten in grösserem Masse organisiert und damit dem gesamten Lebensniveau der Arbeitslosen nutzbar gemacht werden.

Wirkliche Arbeitsbeschaffung grösseren Ausmasses lässt sich nach Broecker Auffassung niemals durch den Freiwilligen Arbeitsdienst geschweige denn durch eine Arbeitsdienstpflicht schaffen.

SPD. Die Kommunisten wollen die Kriegsbetriebe erobern. Ihr neuester Dreh, um den Arbeitern Aktivität vorzutäuschen! Mit dieser "Eroberung" dürfte es aber noch gute Wege haben. Das zeigen die Betriebsrätewahlen in der von den Kommunisten als Kriegsbetrieb bezeichneten Anilinfabrik im Bitterfelder Industriebezirk, die kürzlich durchgeführt worden sind.

Die Belegschaft ist dort seit dem vorigen Jahre um 220 Mann geringer geworden. Es wurden 1565 Stimmen abgegeben, 415 Arbeiter haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Die Gewerkschaften konnten trotz der verringerten Belegschaft und der schwächeren Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl ungefähr halten. Sie erhielten 768 Stimmen gegen 783 im vorigen Jahre. Die Liste der RGO dagegen verlor mehr als ein Viertel ihres früheren Bestandes. Sie erhielt

nur 745 Stimmen gegen 1008 im vorigen Jahre.

Das Halle'sche Kommunistenblatt "Klassenkampf" führt zur Begründung der kommunistischen Niederlage an, dass die "Reformisten" ihren Gewinn "auf eine planmässig durchgeführte Kleinarbeit ihrer Funktionäre zurückführen könnten, die sehr aktiv im Betriebe aufgetreten seien. Dagegen habe die "revolutionäre Initiative" im Betriebe gefehlt. Die Maulhelden der RGO haben zwar wiederholt zu Streiks aufgefordert; aber als die "Aktionen" beginnen sollten, haben sie den Arbeitern gesagt: "Fangt wieder an zu arbeiten".

"Eine solche Politik verstehen die Arbeiter nicht", bemerkt der "Klassenkampf" dazu. Das ist richtig. Und wenn die Arbeiter in den Betrieben zu wählen haben zwischen den Grossprechereien der RGO und der aktiven Arbeit der "Reformisten", so fällt ihnen die Entscheidung, wie der Fall der Anilin zeigt, nicht schwer.

SPD. Von den Arbeitgeberverbänden der Glasindustrie sind die Reichslohn- resp. Bezirkslohnverträge zum 30. April erneut aufgekündigt worden. Obgleich für die einzelnen Branchen der Glasindustrie in den letzten Jahren durch Schiedssprüche und die 4. Notverordnung die Löhne wesentlich gekürzt worden sind, und obwohl der sogenannte "kalte Lohnabbau" bei der stark ausgeprägten Akkordarbeit in der Glasindustrie besonders stark in Erscheinung trat und die erzielten Verdienste bei fast allen Kategorien in keinem Verhältnis zur abverlangten Arbeitsleistung stehen, haben die Unternehmer erneut bei der Aufkündigung der einzelnen Verträge Lohnverschlechterungen gefordert. Einzelne ihrer Verbände bringen verschämt in den Kündigungsschreiben zum Ausdruck, dass nur noch "einige Ausgleichungen und Anpassungen" vorgenommen werden sollen. Bei anderen Aufkündigungen jedoch wird ganz brutal gefordert, dass weitere Lohnsenkungen und der Wegfall von Nebenleistungen erfolgten müssten, wenn die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Industrie aufrechterhalten werden solle.-

Die Glasindustriellen haben aus der Entwicklung der letzten Jahre nichts gelernt. Sie sehen immer noch nicht, dass die verkehrte Lohnpolitik der deutschen Industrie, die leider von Behörden stark unterstützt worden ist, und zur vollkommenen Lahmlegung des Binnenmarktes und zum Ruin der Glasindustrie geführt hat. Aus den Beschäftigungszahlen für die Glasindustrie ist zu entnehmen, dass sich die Absatzmöglichkeiten im Inland bis zu 50 % verschlechtert haben. Die verkehrte Lohn- und Preispolitik der Industriellen hat hieran die Hauptschuld. Die Auslandskonkurrenz antwortete in der Lohnfrage zum Teil mit gleichen Massnahmen, zum Teil schütze sie sich durch Errichtung neuer Zollmauern oder durch Kontingentierung der Einfuhr an Glaswaren. Die dauernde Beunruhigung der Oeffentlichkeit durch die lohnpolitischen Auseinandersetzungen hat ausserdem dazu geführt, dass der Glashandel am Inlandsmarkt nur die notwendigsten Bestellungen aufgibt in der Erwartung, die Preise noch mehr drücken zu können.

Was sagt die Reichsregierung zu den neuen Anschlägen der Glasindustriellen auf den Lohn von 50 000 Glasarbeitern? Die Regierung muss sich bald entschliessen, durch erkennbare Massnahmen dem Treiben der Arbeitgeber entgegenzutreten.

Die deutsche Glasarbeiterschaft wird sich jedenfalls mit aller Entschiedenheit, selbst auch gegen die geringste Verschlechterung, zur Wehr setzen. In dieser Abwehr dürfte die Sympathie der Oeffentlichkeit auf Seiten der Arbeitnehmer liegen.

SPD. Im Bereich des Gesamtverbandes sind bis zur Stunde annähernd 200 Tarifverträge mit mehr als 350 000 Beschäftigten gekündigt worden. Gekündigt wurden alle Lohn= und Manteltarife der Gemeindearbeiter.

Dem Reichsarbeitsminister ist es also nicht gelungen, die öffentlichen Arbeitgeber der Gemeinden von einer Kündigung der Tarifverträge abzuhalten. Der Reichsfinanzminister treibt eine andere Lohnpolitik als der Reichsarbeitsminister. Aus den Kündigungsschreiben geht hervor, dass die Kündigungen auf Verlangen des Reichsfinanzministers erfolgten.

Das ist ein etwas merkwürdiger Zustand. Man darf vom Kabinett doch wohl erwarten, dass es sich in einer so wichtigen Frage, wie sie gerade in diesem Augenblick die Lohnfrage darstellt, rechtzeitig auf eine einheitliche Linie einigt. Der Reichskanzler selbst ist gegen jeden weiteren Lohnabbau, der Reichsarbeitsminister, nach seinen Erklärungen zu schliessen, in der Hauptsache auch. Nun will zur Abwechslung wieder einmal der Reichsfinanzminister mit dem bösen Beispiel vorangehen?

So geht das nicht.

SPD. Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihre Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 31. März 1932 hinaus bis zum 30. Juni 1932 verlängert worden.

SPD. Im Tarifkonflikt des Buchdruckgewerbes hat das Zentralschlichtungsamt am Sonnabend nach dreitägiger Verhandlung den Beschluss verkündet, zunächst die Kammerverhandlungen bis zum 16. April zu vertagen. Massgebend für diesen Beschluss war die Erwägung, angesichts der Unklarheit über die endgültige Entscheidung der Regierung zur allgemeinen tarifpolitischen Entwicklung nach dem 30. April eine Klärung der Situation abzuwarten.

SPD. In einem von der "Welt am Montag" veröffentlichten Geheimschreiben der Hitlerpartei beklagt sich die Führung des Braunen Hauses darüber, dass es noch immer nicht gelungen sei, die Stellung des "Marxismus" in den Betrieben zu brechen. Es wird daher folgender Befehl gegeben:

"Unser Augenmerk hat sich auf die Gewerkschaften und Betriebe zu richten. Die Propaganda in den Gewerkschaften muss mit verstärkter Aktivität vorwärts getrieben werden. In jeder Gewerkschaft müssen starke nationalsozialistische Gruppen geschaffen werden, die auf Anforderung sofort einsatzbereit sein können. Vielleicht kann es auch nicht schaden, sich Namen und Wohnung der Gewerkschaftsfunktionäre zu merken... Die Betriebsverhältnisse sind in jeder Hinsich aufs Genaueste zu studieren. Unsere Zellen müssen so stark sein, um alle lebens wichtigen Arbeiten bei kommender Gelegenheit selbst auszuführen. Kapp=Putsch = Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen."

Die Nationalsozialisten wollen, wie aus diesem Geheimbefehl klar hervorgeht, bei passender Gelegenheit also doch putschen. Der Hinweis auf "Kapp=Putsch=Erscheinungen" ist mehr als deutlich. Die Anweisung, "sich Namen und Wohnung der Gewerkschaftsfunktionäre zu merken", spricht ebenfalls Bände. Sie bedeutet nichts anderes als eine verschleierte Aufforderung zur Gewalttätigkeiten und Mordtaten.